

Die Furcht vor dem eigenen Verbrechen

Wannschätzliche Abfertigungsmandate der „Linken“ SPD, des Zentrums und der Nazis

Dresden, den 8. März.

Hier an der Grenze revolutionärer Massenbewegungen größten Ausmaßes legen die Kapitäne Young-Deutschlands. Sie wittern die Abrechnung der hungernden Massen, die dieses Mal nicht nur ein Wahljahr, nicht nur ein parlamentarischer Protest sein wird. Aber der Youngplan, mag er für den Klassenstand der bürgerlichen Herrschaft noch so freitisch werden, kann kein anderer sein. Als die „Lösung“ zur Liquidation des verlorenen Krieges und der unauflösbaren Widersprüche der westkapitalistischen Krise überhaupt bleibt der deutsche Youngplan nur dieser Ausweg. Die Lösung des Berliner Vertrages auf kapitalistischer Grundlage kann sich auch innerpolitisch nur kapitalistisch, d. h. gegen die proletarischen Massen, auswirken. Der Schrei nach verklärter Kapitalbildung bei der Zwei-Billionen-Belastung durch den Youngplan bei der privaten Zinsbindung für die Milliardenanleihen des angloamerikanischen Kapitals, bei dem kapitalistischen Produktionsapparat mit 10- und 20prozentigem Verkauf, bei den wachsenden Rüstungsausgaben für den Bürgerkrieg ist zur obersten Notwendigkeit geworden. Das deutsche Proletariat soll das Opfer dieser verklärten „Kapitalbildung“ werden.

Die innerpolitische Bilanz des Youngplans, noch ehe er im Reichstag formell verabschiedet ist, ist so eindeutig, so klarenmäßig, daß selbst die abgefeimelten Betrugsmanöver gegenüber der „neutralen“ revolutionären Masse verfallen müssen. Einer Aufstellung des Genossen Stöcker über die bereits verabschiedeten und zu verabschiedenden Gesetze mit dem Ziele verklärter Massenheftung entnehmen wir nachstehende Ziffern. Als Vorläufer der von der Bourgeoisie endgültig ausgetriebenen Finanzreform sind bereits im November vorigen Jahres dem Reichstag einige Gesetze zugegangen und verabschiedet worden. Es handelt sich um die:

Erhöhung der Tabaksteuer	220 Millionen
Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung	140
das Zinsmonopol	50
zus. 410 Millionen	

Neben diesen bereits beschlossenen 410 Millionen aus Real-Erfahrungen für die ordentliche Bevölkerung folgen jetzt auf Grund der Koalitionsverhandlungen weitere Finanzgesetze mit einer noch unvorhersehbaren Verbelastung der Verbrauchereliten. Auch diese Gesetze werden zweifellos die Zentrumschergenossen ihre Zustimmung geben. Die Einnahmen sollen erhöht werden aus der:

Steuern um	150 Millionen
Umsatzsteuer um	270
aus dem Kaffee- und Teezoll um	50
und aus der weiteren Erhöhung der Arbeitslosenversicherung um 1/2 Proz. um	140
zus. 610 Millionen	

Tergleichen ist vorzuziehen ein weiterer Abbau der Sozialpolitik durch:

inhere Einsparungen in der Arbeitslosenversicherung um	100 Millionen
und Einsparungen im Arbeits- und Versorgungsgesetz um	50
zus. 150 Millionen	

Rechnet man zu all diesen Belastungen noch die vor Wehrmacht bruchlosen Zollerhöhungen, die den Haushalt der Reichsregierung um mindestens 200 Millionen belasten, hinzu, so ergibt sich das:

mit Hilfe des Zentrums in der ersten Stufe der Finanzreform 1730 Millionen aus den Taschen der Reichsregierung

werden. In diese Summe ist keineswegs hineingerechnet die Erhöhung der Ausgaben für Gas, Wasser, Elektrizität und für die Verkehrspreise.

Demgegenüber erhält aber das Großkapital, für das auch nicht eine einzige Steuer erhöht wurde, wesentliche Finanzgewinne, und zwar durch:

Wegfall der Industriesteuer	300 Millionen
Wegfall der Rentenabgabe	50
Geldente der Reichsbank an die Anteilhaber	120
zus. 470 Millionen	

Also 760 Millionen Mark Mehrbelastung für die ähneln schon bis zur Unerkennbarkeit ausgeplünderten Volksmassen, aber 530 Millionen Geldente an das Großkapital, das ist der Beginn der Finanzreform, für die das Zentrum sich mit solcher Entschiedenheit einsetzt.

Es das schwer zu begreifen, daß all jene Parteien, deren Wählererschaft sich zum größten Teile aus Arbeitern und Kleinbürgern, aus den proletarischen Opfern des Youngplans zusammensetzt, verzeihliche Mandate, verzeihliche Torungensversuche ihrer verreckenden Youngplanpolitik unternehmen?

Da sind zunächst das Zentrum und die Bayerische Volkspartei, deren Gefolgschaft in Westdeutschland, Schlesien, Bayern und Württemberg fast ausschließlich von Arbeitern und Ar-

Hoppla, sie leben!

Arbeiterfrauen, Arbeiterinnen, merkt auf!

An Dividende zahlen:	
Vereinsbank Dresden	10 Prozent
Zänder- u. Kabelwerke Meißen	14
Vereinsbrauerei Greiz	12
Leipziger Baumwollspinnerei	12
Stickerwerke Plauen	8
Horchwerke Zwickau	8
Ise Braunkohlenkonzern	10

Die Hungerlöhne, insbesondere der weiblichen Arbeiterschaft, ermöglichen diese Riesenprofite. Marschieret auf am 8. März zum Kampf für die Forderungen der proletarischen Frauen zum

Internationalen Frauentag!

Krisenmanöver im Reichsfabinet

Der „Kampf“ um das sozialdemokratische „Kotopfer“

Berlin, 8. März. (Eig. Drahtbericht.)

Die getriggerte Fraktionslösung der Deutschen Volkspartei hat offiziell den Beschluß gefaßt, den Plan des Kotsopfers abzulehnen sowie auch der Sanierung der Reichsanleihe für Arbeitslosenversicherung durch direkte Steuererhöhungen nicht zuzustimmen. Der Reichsausschuh hatte bereits am Sonnabend in den Vorparlamenten eine Einigung auf dieser Basis erreicht. Die Fraktion hat weiterhin beschlossen, einen Abbau der Vermögenssteuer nach dem Plan Hillerding zu fordern.

Der Reichsfinanzminister Woldenhauer hat sich mit dem Beschluß der Deutschen Volkspartei solidarisiert. Reichsaussenminister Curtius hat an der Sitzung der Fraktion nicht teilgenommen. Als Grund dafür wird eine vorgeschobene Krankheit angegeben. Heute vormittag 10 Uhr wird das Reichsfabinet zu der neu geschaffenen Situation Stellung nehmen. Die bürgerliche Montagpresse erklärt allgemein, daß mit einer solchen Krise des Reichsfabinetts zu rechnen ist, wenn nicht Zentrum und Sozialdemokraten sich mit den Reichsleuten der Deutschen Volkspartei absinden.

Auch die demokratische Reichstagsopposition hat gestern Abend in ihrer Sitzung zu dem Plan des Kotsopfers Stellung genommen. Offiziell heißt es zwar, daß die Demokraten am Kotsopfer festhalten wollen, doch in dem gefaßten Beschluß läßt die Fraktion durchblicken, daß dieses Festhalten am Kotsopfer nicht so unbedingt ist.

„Winter“ Eier um die Große Koalition

Dresden, den 8. März 1930.

Die Gewerkschaftsbürokraten sind bestraft, die große Koalition in Sachen so schnell wie möglich perlekt werden zu lassen. Der Dresdener Ortsausschuh des ADGB legte deshalb in einer Entschließung:

Dreizehige Wäsche der Sozialfaschisten

Orzefinst ist im sozialfaschistischen Sumpf ertrinkt — Grüner als Retter der bürgerlichen Familie

Das amtliche Märchen von Gröschlins Rücktritt aus „Gesundheitsrücksichten“ ist falsch. Den letzten Anstoß zum Sturz von Gröschlin gab kein anderer Parteigenosse. Senatpräsident Dr. Gröhner.

Gröhner war Grüner noch der brave SPD-Geselle, von dem der „Vorwärts“ alle Schandtaten gegen die Arbeiter lobte. Doch heute bezeichnet der „Vorwärts“ eine seiner Taten als „verleumdendes Demagogentum“ das der Beratung preisgegeben werden müsse. Ja die sozialdemokratische Landtagsopposition hat angeblich einstimmig den Rücktritt verlangt, Gröhner aus der SPD auszuschließen.

Alfa Gröhner hat als Senatpräsident am 3. Februar einen Brief an den sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten Braun geschrieben, in dem er sich „bitter“ darüber beschwert, daß Gröschlin mit einer anderen Frau eine Schauspielerin, zusammenlebt, das verheiratete „preußische Beamtenpaar“ und laufe auf die Wiedereröffnung der „Kriegsmärkte“ hinaus. Ganz besonders anstößig fand er es, daß Gröschlin seine Geliebte mit in Besessensstunden übernehme, die amtlichen Charakter tragen.

Wer ist dieser „Retter der deutschen Familie“, Grüner, überhaupt? Während der Subbelokung tief er den französischen

weiterfranken bestritten wird. Diese Parteien haben sich am Freitag bei der Abstimmung über den Youngplan im Reichstagsausschuh der Stimme enthalten. Dieses Manöver bewoht, auf die anderen Parteien vor allem auf die SPD, einen Druck dahin auszuüben gleichzeitig mit dem Youngplan die arbeiterfeindlichen, maßlos belästigenden Gesetze zur Durchführung des Youngplans zu verabschieden. Die SPD stimmt für den verreckenden Youngplan. Sie ist lautlos die Einzelschleierin. Das Zentrum fordert, daß sie auch bei der innerpolitischen Durchführung dieses Verfallensgesetzes die offizielle Verantwortung übernimmt. Damit würde das Zentrum weiterhin in die gleiche Base verwickelt, die es bereits seit den Reichswahlen 1924 einnimmt: es würde sich hinter den sozialreaktionären Taten seines sozialdemokratischen Koalitionsbruders verbergen können und keine proletarischen Wähler für sich behalten.

Die SPD und vor allem die raffinierten „Linken“ SPD-Führer und Betrüger rücken den Braten. Es ist deshalb nicht zufällig daß ausgeredet die fälschliche SPD-Presse an den Berliner Parteivorstand die Adresse richtet, nach Verabschiedung des Youngplans die SPD stimmt für den verreckenden Youngplan. Sie ist lautlos die Einzelschleierin. Das Zentrum fordert, daß sie auch bei der innerpolitischen Durchführung dieses Verfallensgesetzes die offizielle Verantwortung übernimmt. Damit würde das Zentrum weiterhin in die gleiche Base verwickelt, die es bereits seit den Reichswahlen 1924 einnimmt: es würde sich hinter den sozialreaktionären Taten seines sozialdemokratischen Koalitionsbruders verbergen können und keine proletarischen Wähler für sich behalten.

Jedenfalls sind die beabsichtigten Betrugsmanöver des Zentrums und der SPD nicht schlecht. Feldes sind Varnuren beides Arbeiterbetrüger, und der eine lacht den anderen zu überfallen um die eigenen Verbrechen hinter denen des anderen zu verbergen.

Reiben noch die dritten im Bunde, die Nazis. Da ihre kleine Fraktion im Reichstag nicht ausschlaggebend ist können sie sich den Luxus einer Scheinopposition leisten ohne die Verabschiedung des Youngplans zu gefährden. Wo sie hingegen verantwortlich an der Regierung sind, so in Thüringen, werden sie die Opfer des Youngplans, die demonstrierenden Arbeiter, genau so zusammenschließen lassen wie der Kollege des Herrn Fried, der „Kleine Metallarbeiter von Bielefeld“, Georing.

Es ist alles eine Kumpanei! Die Räuber und Volksbetrüger fürchten für die Sicherheit ihres Handwerks. Sie fürchten, daß die Massen sie durchschauern und zum Teufel jagen. Wir Kommunisten haben die Pflicht, diese Manöver zu entlarven, zu hohlen, was fällt. Wir dürfen ihrem Verleumdungen keine Minute Ruhe lassen. Wir müssen sie vor allen Dingen dort packen, wo es auch für ihre „Linken“ Phrasen keinen Ausweg mehr gibt. In den Betrieben, in den Wahlbezirksämtern, in den Stempelstellen, in den Kommunen, überall dort, wo sich die Auswirkung des Youngplans zur tagtäglichen Not, zur verzeihlichen Armut der arbeitenden Massen verdröht. Da müssen wir die revolutionäre Klassenfront gegen den Youngplan aufstellen. Und die Volksbetrüger mit ihren rädlichen Worten und reaktionären Taten werden von den arbeitenden Massen, von der heranrollenden revolutionären Sturmflut verflüchtigt werden.

Der Ortsausschuh als berufene Vertretung von 150.000 freigeberlich organisierten Arbeitern erwacht, daß es nicht nur bei diesem Beschluß bleibt, sondern daß ihn auch der ersitzliche Beschluß folgt, im Freistaat Sachsen eine Regierung zu bilden, woran die Sozialdemokratie maßgeblich beteiligt ist.

Heer Ernst läßt also alle Wägen springen. Sehr energisch erklärt er den „Linken“, daß es jetzt Zeit ist, in die Große Koalition hineinzuspringen. Die Chancen für die Sozialdemokratie können in dieser Zeit bedeutend schlechtere sein.

Jugo Zange nimmt im Vorwärts zu der Großen Koalition Stellung und erklärt: Große Koalition nicht möglich ist, das wiederum ohne die 3 Demokraten zu entscheiden hätten. Er ist bei, wovüber die 3 Demokraten zu entscheiden, die Große Koalition immer noch der alte Demagog und Betrüger, die Arbeitermassen immer noch der alte Demagog und Betrüger vor den Nationalsozialisten. Er ist notwendig, die Arbeiter vor den Nationalsozialisten zu verteidigen. Das ist das Argument, hinter dem die „Linken“ ihre neuen Koalitionsverbrechen verhehlen wollen. „Linken“ ihre neuen Koalitionsverbrechen verhehlen wollen, aber die Arbeiter werden nicht vergessen, daß diese „Linken“ Betrüger des Proletariats es ablehnen, die Arbeitermassen selbst Träger des Proletariats zu lassen. Ja, sie stimmten in der letzten Landtagsentscheidung zu lassen. Ja, sie stimmten in der letzten Landtagsentscheidung gegen die Beratung des kommunistischen Abstimmungsantrages.

Wieder Tardieu

Paris, 8. März. (Eig. Drahtbericht.)

Das neue Kabinet Tardieu ist nunmehr gebildet. Es unterscheidet sich von dem alten Tardieu-Kabinet in keiner Weise. Nur die Belegung des Finanzministers und einiger Staatssekretäre hat eine Veränderung erfahren. Als Finanzminister fungiert Renaud, der der radikalsten Linken angehört.

„Erbsiend“ gegen das deutsche Proletariat zu Hilfe! Als Regierungsratsmitglied von Meriburg ist er maßgeblich an dem unerhörten Mord in einer Thälmann-Veranstaltung in Halle, der 2000 Arbeiter zum Opfer fielen.

Gegen solche Taten Grüner ist die SPD natürlich nicht vorgegangen. Das ist ja Geist von ihrem Geist. Das ist recht Gröhner, wegen ebelen und parteiführenden Verhaltens aus der Partei“ ausstoßen will, kennzeichnet nach jeder Richtung den politischen und materiellen Sumpf des Sozialfaschismus.

Eine faubere Nazi-Leuchte

Aufhebung der Immunität des Nazi-Abgeordneten Streicher wegen Betruges

München, 1. März. Im Geschäftsordnungsausschuh des Reichstags Landtags wurde einstimmig die Genehmigung zur Durchführung eines Strafverfahrens gegen den Nürnberger nationalsozialistischen Abgeordneten Streicher erteilt. Es handelt sich um eine Voruntersuchung wegen Betruges und Betrugsversuches, die auf Anzeige aus nationalsozialistischen Nürnberger Kreisen geführt werden soll.

Mit gefälltem Bajonett gegen Arbeiter

Wien, 3. März. (Eig. Drahtbericht.)

Die Heimwehren verankerten in dem Arbeiterort Schwanen bei Wien gähren einen Anmarsch, bei dem es zu großen Gegenkundgebungen der Arbeiterkraft kam. Die Gewerkschaft greift zugunsten der Faschisten ein und ließ mit gefälltem Bajonett auf die Arbeiterdemonstranten ein. Trotzdem gelang es nicht, die Demonstranten zu verjagen. Immer wieder kam es zu Ansammlungen von sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern und zu Zusammenstößen mit den Heimwehrkämpfern. Mehrere Arbeiter wurden verhaftet.

Sitzung des erweiterten Präsidiums des GKK

Moskau, 28. Februar.

Das Politbüreau des ZK veröffentlicht folgende Mitteilung:

„Das erweiterte Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale hat dieser Tage seine Arbeit beendet. Auf der Tagesordnung standen folgende Fragen: Die herausgehobene Weltwirtschaftskrise, die Massenarbeitslosigkeit und der Streikampf — Restrent Genosse Manuelli; die Municipalpolitik — Restrent Genosse Hedert; folgende Berichte wurden erachtet: über die KP Großbritanniens — Genosse Pollitt; über die KP Italiens — Genosse Ercoli; über die KP Deutschlands — Genosse Thälmann; über die KPDSU — Genosse Molotow; über die Vorbereitung des 3. Kongresses der KKK — Genosse Koloniti.

Es war einmal

Am 18. Dezember schrieb die „Leipziger Volkszeitung“ einen Artikel über den politischen Inhalt der Koalitionspolitik der SPD im Reich:

„Nun, die Regierung heißt doch: Müller-Curtius ist, wor regiert, so ist damit schon klargestellt, daß diese Regierung bestimmt nicht herrscht. Beherrscher der demokratischen Republik sind ganz andere Gruppen, und einer ihrer Führer ist Dr. Schacht.“

Das ist nicht mehr und nicht weniger als eine Auswählung einer Herabwürdigung des Wahlrechts zu einer Und heute beschließen die „Linken“ den Eintritt in die SPD-Arbeiter, heraus aus der Partei des Arbeiterverrats, hinein in die KPD!